

---

## "Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

Die Entwicklung demokratischer Reformen in den anderen Ostblockstaaten verfolgte die DDR-Regierung sehr genau. Die Staatssicherheit berichtete der Partei- und Staatsführung monatlich über die Lage in den Staaten des Warschauer Pakts.

Im Sommer 1989 war bereits seit Monaten zu erkennen, dass sich die DDR-Führung mit ihrem reformfeindlichen Kurs von den Entwicklungen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten isolierte (vgl. 7.4.1989). Auch der SED-Spitze war das nicht verborgen geblieben, sie wiegte sich aber in dem Glauben, die DDR sei eine Insel der Stabilität, während die Reformstaaten (Ungarn, Polen und Sowjetunion) immer tiefer in Turbulenzen gerieten. Im Juni und Juli 1989 kamen mehrere Ereignisse zusammen, die zeigten, wie illusionär die Auffassung war, die DDR könne sich dem entziehen.

Im Nachbarland Polen errang die oppositionelle Solidarność bei den ersten halbfreien Wahlen am 4. und am 18. Juni 1989 einen erdrutschartigen Sieg. Bei den Verhandlungen am Runden Tisch beharrte die regierende "Koalition" aus Polnischer Vereinigter Arbeiterpartei (PVAP) und Blockparteien (Bauernpartei und Demokratische Partei) für die halbfreien Wahlen auf einem festen Kontingent von 65 Prozent der Mandate des Sejm (des Parlaments).

Die zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) fasste aus Sicht der DDR-Staatssicherheit die politische Entwicklung in den anderen staatssozialistischen Ländern in den Monaten Juli und August 1989 zusammen. In dem Papier vom 23. August 1989 (dem Tag der Wahl des Nichtkommunisten Tadeusz Mazowiecki zum neuen Ministerpräsidenten Polens) wird die Lage in den Warschauer-Pakt-Staaten (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien) geschildert. Für die Stasi wurden schlimmste Befürchtungen wahr. Selbst in der bisher als verlässlicher Partner geltenden Tschechoslowakei beobachtete sie Aufweichungserscheinungen.

---

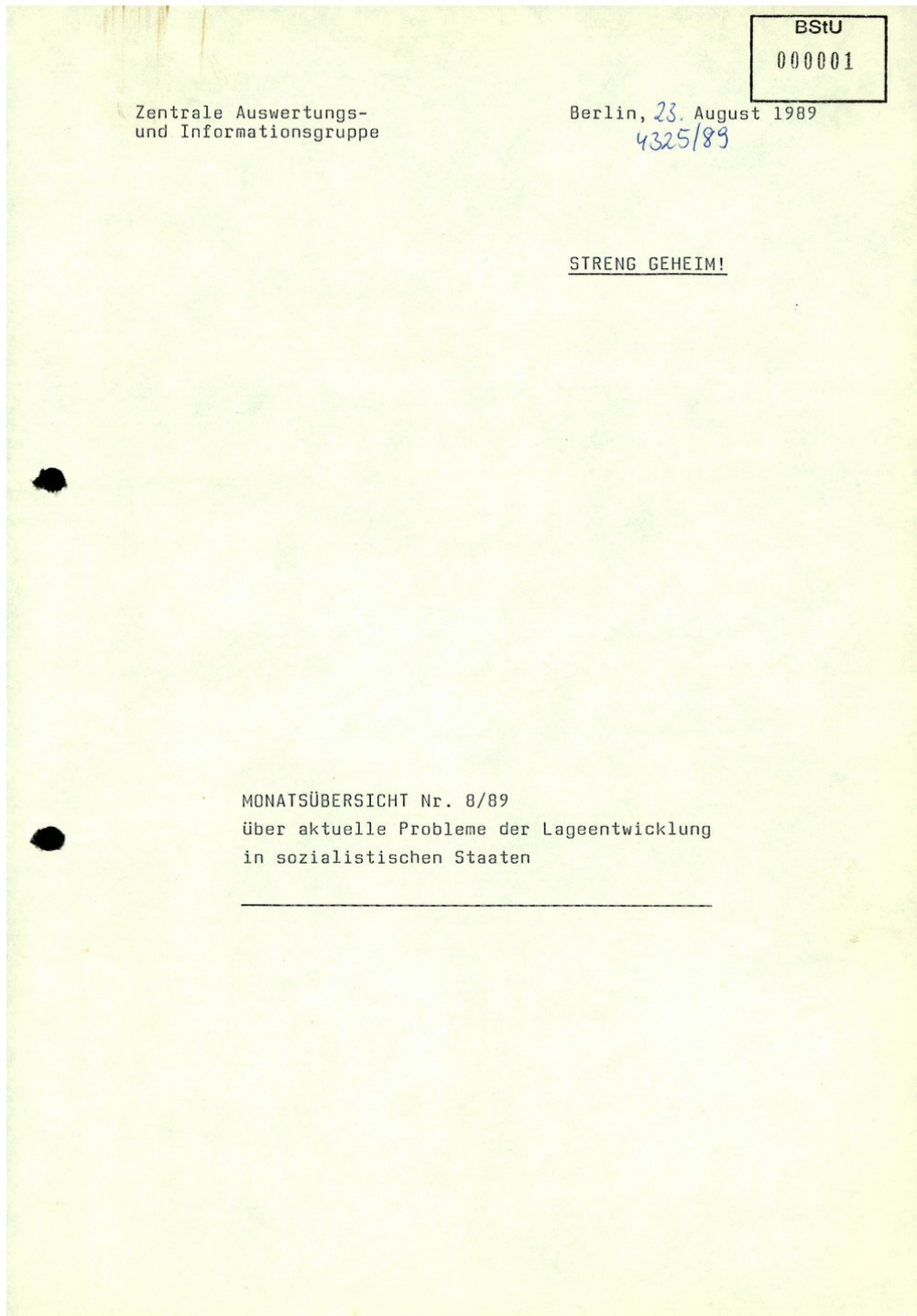
**Signatur:** BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5338, Bl. 1-34

### Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe  
Überlieferungsform: Dokument

Datum: 23.8.1989  
Rechte: BStU

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5338, Bl 1-34

Blatt 1

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BStU  
000002

2

1. VOLKSREPUBLIK POLEN

Tagung des ZK der PVAP: Für Eintritt in die neue Regierung, für Kampf  
um Erhaltung des Sozialismus

Im Zusammenhang mit dem Direktangriff der Opposition auf die Macht in den letzten Tagen (Bildung einer Regierung ohne die PVAP), auf den die PVAP nicht genügend vorbereitet und eingestellt war, wurde kurzfristig die 14. Tagung des ZK der Partei einberufen (19. August 1989), die die Aufgabe hatte, die neue Lage einzuschätzen und den Standpunkt der Partei dazu zu formulieren (einige Angaben über diese ZK-Tagung siehe ND 21. August 1989). Intern wurde darüber hinaus bekannt:

Genosse RAKOWSKI hatte eingangs betont, daß die Partei nicht gewillt sei, die Macht freiwillig abzugeben. Es müsse entschieden werden,

- ob die Partei in die Opposition gehe,
- ob sie in eine "Regierung des nationalen Vertrauens" eintrete oder
- ob sie mit Hilfe des Präsidenten einen Ausnahmezustand zur Erhaltung der Macht anstrebe.

Die Parteiführung schlug vor, in die Regierung einzutreten und um den maximal möglichen Einfluß in der Regierung und auf das Regierungsprogramm zu kämpfen. Genosse RAKOWSKI orientierte auf größere Einheit und Geschlossenheit der Partei, auf die Wiederherstellung der Kampffähigkeit von der Basis bis zur Führung. Als Aktiva bezeichnete er dabei den Staatsapparat, den örtlichen Parteiapparat, die Armee und die Sicherheitsorgane sowie einzelne Persönlichkeiten der ehemaligen Bündnispartner Vereinigte Bauernpartei (ZSL) und Demokratische Partei (SD).



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BStU 000003
----------------

In der Diskussion sei der Wille dominierend gewesen, die Einheit und Geschlossenheit zu stärken, um bestmögliche Positionen der Partei im Staat und Gesellschaft zu kämpfen und die sozialistische Gesellschaft zu erhalten. Der Austritt von ZSL und SD aus der Koalition mit der PVAP wurde in der Diskussion einmütig als Verrat bezeichnet; diese Wertung soll aber in der weiteren Arbeit mit den im Sejm vertretenen politischen Kräften nicht verwandt werden.

WALESA und die Vorsitzenden der ZSL und der SD, MALINOWSKI und JOZWIAK, seien bereit, der PVAP zwei Ministerien zu überlassen (MINV und MdI). Genosse JARUZELSKI habe aber für die PVAP verlangt:

Die Funktion eines 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, vier bis fünf Ministerfunktionen.

Die PVAP stimmt der Kandidatur von Tadeusz MAZOWIECKI für das Amt des 1. Vorsitzenden des Ministerrates zu (er wird auf der Tagung des Parlaments am 23. August gewählt werden; bis Ende August wolle er die Regierung bilden).

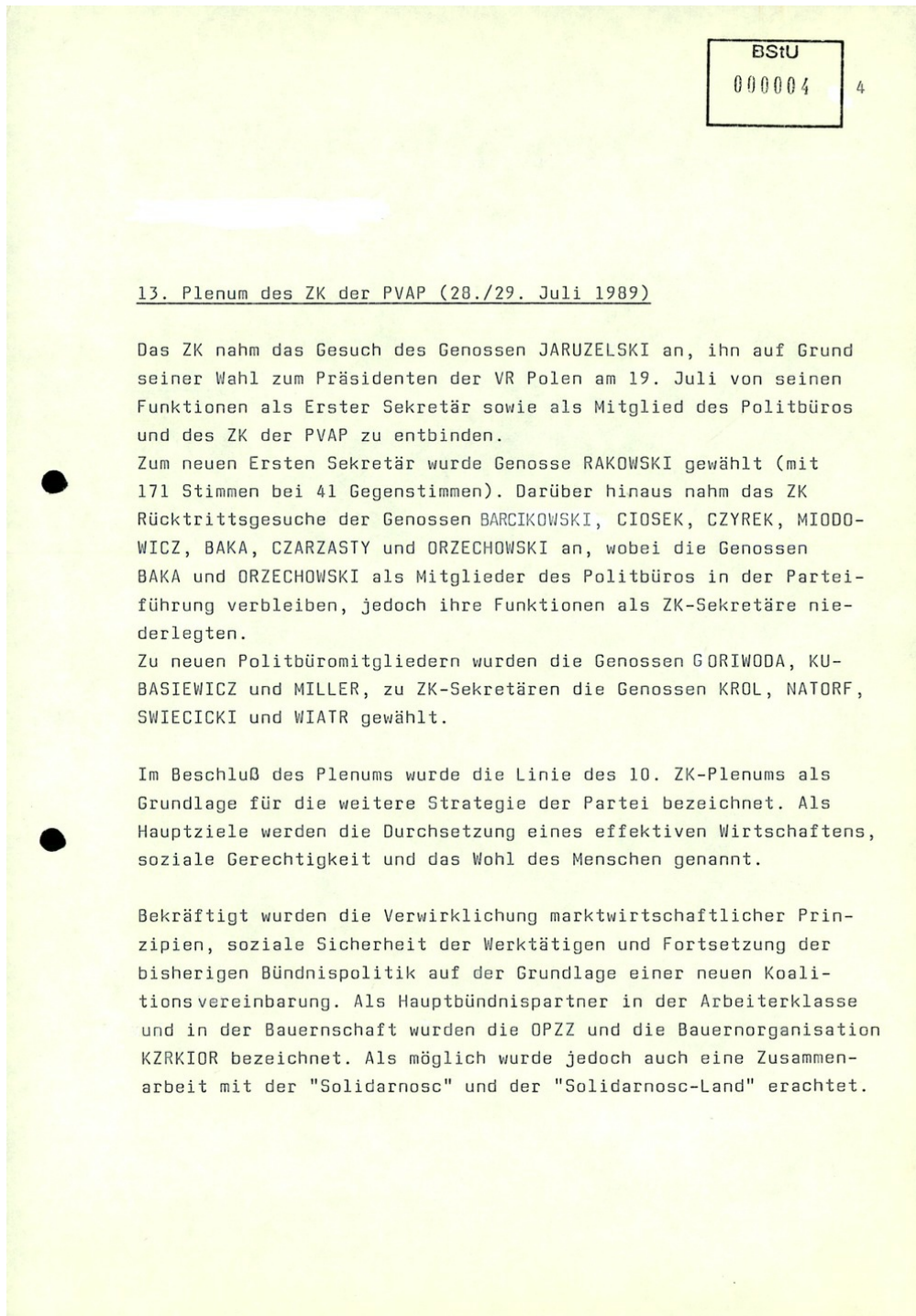
MAZOWIECKI habe im Gespräch mit Genossen JARUZELSKI versichert, daß seine Regierung die Bündnisverpflichtungen im Rahmen des Warschauer Vertrages akzeptieren und erfüllen werde; die polnische Staatsräson werde nicht in Frage gestellt.

Insgesamt zeigt sich, daß sich das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der PVAP entwickelt hat und daß die Partei nur noch begrenzte Möglichkeiten besitzt, Einfluß auf die Regierungsbildung als eines wesentlichen Teils der Machtfrage zu nehmen.

(Zu weiteren bedeutsamen aktuellen Entwicklungen werden gesonderte Informationen erarbeitet.)



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5338, BL 1-34

Blatt 4

**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

BStU 000005
----------------

 5

Es wurde der Standpunkt vertreten, daß eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der PVAP und in "Solidarnosc" nicht möglich ist. Die PVAP-Fraktion im Sejm wurde mit dem Beginn der Arbeit an einer neuen Verfassung der VR Polen und einem Gesetz über die Gründung neuer politischer Parteien beauftragt.

Bei der Einschätzung der gegenwärtigen Situation der VR Polen erklärte Genosse REYKOWSKI, das Wesen der gegenwärtigen Krise bestehe in der Tatsache, daß das Sozialismusmodell in Polen seit etwa 20 Jahren seine Entwicklungsmöglichkeiten erschöpft habe. Mehrfache Versuche zur Reformierung der Wirtschaft seien gescheitert. Hauptursache für die Uneffektivität der Reformpolitik seit Beginn der 80er Jahre sei die versäumte Anpassung der Machtausübung an die neuen Bedingungen gewesen. Die "monozentrische Machtausübung" sei Quelle der gesellschaftlichen Konflikte gewesen. Als ungünstig habe sich erwiesen, daß die seit langem bestehende Opposition außerhalb des politischen Systems tätig war. Genosse REYKOWSKI ging darüber hinaus auf die Hauptursachen der Wahlniederlage der PVAP ein, zu denen er u. a. die "Unfähigkeit der Partei und ihrer Koalitionspartner zur Überwindung der sozialökonomischen Krise, die schnelle Verschlechterung der sozialökonomischen Situation sowie die Schwächung der Partei durch den Vertrauensschwund der Mitglieder zur Führung" zählte. (Weitere Angaben zur komplizierten Wirtschaftslage siehe Anlage 1.)

Bei seinen Ausführungen zu Problemen der PVAP und ihrer Zukunft äußerte Genosse ORZECOWSKI, die Partei habe viele Positionen freiwillig aufgegeben, andere jedoch aufgeben müssen. Er leitete daraus die Aufgabe ab, einen neuen Inhalt der Strategie der Verständigung und des Kampfes zu formulieren. Ein bedeutender Teil der Parteibasis sei nicht einverstanden mit der gegenwärtigen Leitung der Parteiarbeit, der Art und Weise der Beschlußfassung, dem Verhältnis der Führung zu den Mitgliedern usw. Es sei ein großer Fehler der Führung, die Meinung der Parteibasis nicht zu berücksichtigen.



**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

BSU 000006
---------------

6

Die Wiederherstellung der Autorität der Partei hänge in hohem Maße von der Gesundheit der Volkswirtschaft ab. Die Partei sei auf die Festigung der Koalition mit ihren Bündnispartnern angewiesen. Die Zukunft und der Charakter der Koalition würden über Sein oder Nichtsein des sozialistischen Staates entscheiden. Die Überwindung des bisherigen Systems der Machtausübung und des uneffektiven Wirtschaftsmodells habe nichts mit einer Demonstration des Sozialismus zu tun.

Genosse ORZECOWSKI sprach sich für die Zusammenarbeit mit jenem Teil der "Solidarnosc" aus, der die Interessen der Werktätigen verteidige, ebenso für das Entstehen neuer politischer Parteien sowie für das Streben der Partei, eine parlamentarische Koalition mit der Opposition herzustellen.

Insgesamt war die Diskussion auf dem Plenum von weitreichenden Meinungsverschiedenheiten und heftigen Auseinandersetzungen, u. a. zu wesentlichen ökonomischen Problemen und sozialen Fragen, sowie oft auch von Emotionen bestimmt. Es war ein überwiegend kritisches Verhalten zur Parteiführung, verbunden mit Forderungen nach weitreichenden personellen Konsequenzen, zu verzeichnen. Offensichtlich stellen die umfangreichen personellen Veränderungen in der Parteiführung ein teilweises Nachgeben auf den großen Druck der Basis dar.

Die Mehrheit der ZK-Mitglieder hat sich auf dem Plenum entschieden für die Einheit der Partei, gegen Versuche der Spaltung oder der Namensänderung ausgesprochen.

(Innerhalb der PVAP gibt es Diskussionen hinsichtlich einer Änderung des Namens der Partei. Von Teilen der Mitgliedschaft wird dabei die Auffassung vertreten, die Partei müsse in eine neue Partei mit neuer Bezeichnung umgestaltet werden. Dies würde den Prozeß des endgültigen Bruches mit dem Stalinismus abschließen, durch den die PVAP belastet sei. Es gibt in der Partei auch einzelne Mitglieder, die für eine Teilung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Partei eintreten.



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BSU  
000007

7

In einem Beitrag der "Trybuna Ludu" wurde diesbezüglich auf die historischen Erfahrungen verwiesen, wonach jede Teilung zu einer Schwächung führe.)

Von der 13. ZK-Tagung wurde noch kein Termin für das Stattfinden des XI. Parteitages festgelegt. Einmütig wurde die Auffassung vertreten, daß die wichtigste Aufgabe darin besteht, diesen Parteitag allumfassend und gründlich vorzubereiten. (Höchstwahrscheinlich wird er im Verlaufe des Jahres 1990 durchgeführt werden.)

Die ZK-Tagung traf keine konkreten Festlegungen in Form von Aufgaben für alle Mitglieder der Partei. Es wurde lediglich auf die Notwendigkeit einer allseitigen Parteitagsdiskussion hingewiesen (damit kann vorerst nicht mit einem einheitlichen, offensiven Handeln der Partei und dem Abbau der Unzufriedenheit bei Teilen der Mitgliedschaft gerechnet werden).

An der Parteibasis wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß Genosse RAKOWSKI die Fragen der Einheit und Geschlossenheit zum zentralen Punkt des Kampfes um die Konsolidierung der Autorität der Partei in der Gesellschaft entwickeln werde (im zentralen Parteiapparat ähnliche Hoffnungen).

In einem internen Gespräch äußerte der Vorsitzende der OPZZ, Genosse MIODOWICZ, es gebe zur Zeit unter Parteimitgliedern und in der ganzen polnischen Gesellschaft viele Spekulationen und Erwartungen, in denen eine Spaltung der PVAP nicht ausgeschlossen wird. Innerhalb der OPZZ hätten jedoch stärkere Bestrebungen, aus Enttäuschung von der Partei abzurücken und eigene Wege zu gehen, zunächst zum Stillstand gebracht werden können. Die OPZZ verstehe sich auch weiterhin als Stütze der linken Kräfte in der PVAP-Führung. Das Politbüro sei zur Einschätzung gelangt, daß die OPZZ gegenwärtig die einzige die Partei zusammenhaltende Kraft sei.

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BStU  
000008

Die zukünftige Entwicklung der PVAP sei insgesamt sehr ungewiß und das Entstehen einer neuen "linken" Partei nicht auszuschließen, wenn nicht unverzüglich grundsätzliche Schlußfolgerungen aus der jüngsten Entwicklung gezogen würden.

Zur Situation in der polnischen Gewerkschaftsbewegung führte Genosse MIODOWICZ aus, die OPZZ habe ihre Mitgliederzahl von ca. 7 Millionen halten können, während die "Solidarnosc" eingestehen müsse, daß sie nicht die gesteckten Ziele der Mitgliederorganisation in den Betrieben erreicht habe. Sie zähle etwa 1,54 Millionen Mitglieder. Es sei "Solidarnosc" nur in geringem Maße gelungen, OPZZ-Mitglieder abzuwerben. Die OPZZ verfolge das Ziel, ihre Organisation zu festigen und zu stärken.

Weitere Zeitung der "Solidarnosc"

Anfang August erschien eine weitere Wochenzeitung der "Solidarnosc" (in Szczecin; Titel: "Einheit"; Auflage: 40 000 Exemplare), und zwar als Regionalzeitung der "Solidarnosc" in "Westpommern".

Als hauptsächliche (zentrale) Presseorgane der "Solidarnosc" erscheinen

- die Tageszeitung "Gazeta Wyborcza"; Auflage: 420 000 Exemplare; Chefredakteur MICHNIK; der Redaktion gehört u. a. BRATKOWSKI an,
- die Wochenzeitung "Tygodnik Solidarnosc"; Auflage: 500 000 Exemplare; Chefredakteur war MAZOWIECKI  
Autoren sind u. a. KURON und GEREMEK.

MICHNIK hält Treffen GORBATSCHOW - WALESA für möglich

Nach Ansicht MICHNIK's sei ein Treffen des Genossen GORBATSCHOW mit WALESA noch in diesem Jahr möglich. Diesen Eindruck habe er bei internen Gesprächen mit KPdSU-Funktionären während seines Besuches in Moskau Ende Juli gewonnen.



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BSU  
000009 9

Beratungsthemen der Begegnung könnten "die definitive Entstalinisierung der Beziehungen" zwischen der UdSSR und der VR Polen, die "Perestroika" sowie die "Aufgabe von Dogmen und der Ära der Diktate" sein. WALESZA sei bereit, noch vor einem USA-Besuch in die UdSSR zu reisen.

Einsetzung außerordentlicher Kommissionen durch den Sejm auf Initiative von "Solidarnosc"

Der Sejm setzte eine außerordentliche Kommission zur Einschätzung der Tätigkeit der Regierung RAKOWSKI ein. Dies erfolgte auf Initiative der "Solidarnosc" in der Absicht, Genossen RAKOWSKI die Schuld für die schlechte ökonomische Lage anzulasten und ihn evtl. vor das Staatstribunal zu stellen. (Den Beschluß über die Bildung dieser Kommission faßte der Sejm wenige Tage nach der Wahl des Genossen RAKOWSKI zum Ersten Sekretär des ZK der PVAP.)

Der Sejm beschloß ferner die Berufung einer außerordentlichen Kommission zur Untersuchung der Tätigkeit des MdI. Ein "Solidarnosc" - Abgeordneter hatte behauptet, Funktionäre des MdI seien verantwortlich für den Tod von etwa 100 Personen nach dem 13. Dezember 1981 (Ausrufung des Ausnahmezustandes). Oppositionelle Kräfte forderten, daß der Ausschuß Zugang zu den Akten des MdI erhält. (Der Beschluß über die Berufung dieser Kommission wurde wenige Tage nach der Wahl des Genossen KISZCZAK zum Ministerpräsidenten gefaßt.)

Genossen des MdI der VR Polen zeigen sich, nach internen Hinweisen, immer beunruhigter über die Lage. Die bisher eingeleiteten Wirtschaftsmaßnahmen seien wirkungslos geblieben. Es wachse die Gefahr des Ausbruchs der Unzufriedenheit der Bevölkerung. Verunsicherung gibt es in den Reihen des MdI auf Grund des defensiven Verhaltens von Partei und Regierung gegenüber massiven Angriffen gegen das MdI, wobei u. a. auf aggressive Vorwürfe gegen das MdI im Sejm verwiesen wurde. Die Befürchtungen hinsichtlich weiterer Angriffe und Provokationen gegen das MdI rufen Desorientierung und Verunsicherung unter den Mitarbeitern hervor.



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

<p>BStU 000010 10</p>
<p><u>Genosse RAKOWSKI beim Parteiaktiv des MdI</u></p> <p>Auf einer am 9. August stattgefundenen Tagung des Parteiaktivs im MdI, an der die Genossen RAKOWSKI, KISZCZAK und MILLER teilnahmen, wurde ebenfalls Beunruhigung über die Angriffe der legalen Opposition gegen das MdI zum Ausdruck gebracht. Auf der Tagung, die von polnischen Genossen als von hoher Bedeutung für die gesamte innere Situation eingeschätzt wird, wurde betont, daß</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- die Partei gegen die Entpolitisierung der Armee und der staatlichen Ordnungsorgane ist und</li><li>- die für die Verteidigung sowie die innere Sicherheit und Ruhe erforderlichen Mittel bereitgestellt werden müssen.</li></ul> <p>Hinsichtlich künftiger politisch-operativer Aufgaben des MdI und evtl. Veränderungen in der Struktur erfolgten keine Ausführungen. Divisionsgeneral <u>POZOGA</u> gilt als möglicher neuer Innenminister.</p> <p><u>Mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan am 17. Juli noch nicht alle Fragen geklärt</u></p> <p>Die Initiative zur kurzfristigen Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan war von der polnischen Partei- und Staatsführung ausgegangen. Sie versprach sich davon eine indirekte Unterstützung ihrer komplizierten Positionen bei der Präsidentenwahl und bei der Bildung der Regierung. Der Papst hatte wissen lassen, daß seine Zustimmung zum genannten Termin der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen noch vor der Präsidentenwahl nicht zufällig erfolgte. Wesentliche Voraussetzungen dafür waren mit den Mitte Mai 1989 vom Sejm beschlossenen Gesetzen über das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche, über Gewissens- und Glaubensfreiheit und die Sozialversicherung der Geistlichen geschaffen worden.</p>

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BStU  
000011

11

Ursprünglich war vorgesehen, mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen eine Konvention Polen - Vatikan zu unterzeichnen. Die Verhandlungen darüber konnten noch nicht zu Ende geführt werden.

Es ist weiterhin eine Reihe wichtiger Fragen offen. Das betrifft besonders die genaue Abgrenzung der Diözesen im Grenzgebiet zur UdSSR. (Die Westgrenzen der Diözesen in den polnischen Westgebieten sind seit 1972 mit der Oder-Neiße-Grenze identisch.) Es besteht jedoch Übereinstimmung, daß die Frage der Grenzen der Ostdiözesen vorrangig jeweils mit dem Staat zu klären ist, in dem sich die Diözesenhauptstadt befindet. Erschwerend wirkt sich nach polnischer Auffassung die verstärkte nationalistische Haltung der katholischen Kirche Litauens aus. Die polnische Seite geht davon aus, daß in absehbarer Zeit eine Lösung dieser Frage nicht in Sicht ist. Zu den offenen Fragen gehört weiter das Mitspracherecht des Staates bei der Ernennung von Bischöfen. Die polnische Seite hat signalisiert, daß sie darauf verzichtet und nur vorab informiert werden möchte.

Das polnische Außenministerium geht davon aus, daß der Nuntius am 1. September 1989 seine Tätigkeit aufnimmt. Ihm werde kein Sonderstatus eingeräumt. Er werde normal in das Diplomatische Korps eingereiht. Der Vatikan habe dem nicht widersprochen. Die polnischen Genossen werten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als Erfolg, als wichtige Maßnahme zur Entspannung der inneren Situation. In bestimmten Grundfragen der inneren Entwicklung Polens könne nunmehr mit einer Neutralität der katholischen Kirche gerechnet werden.

Erste Kongresse der "Zeugen Jehovas"

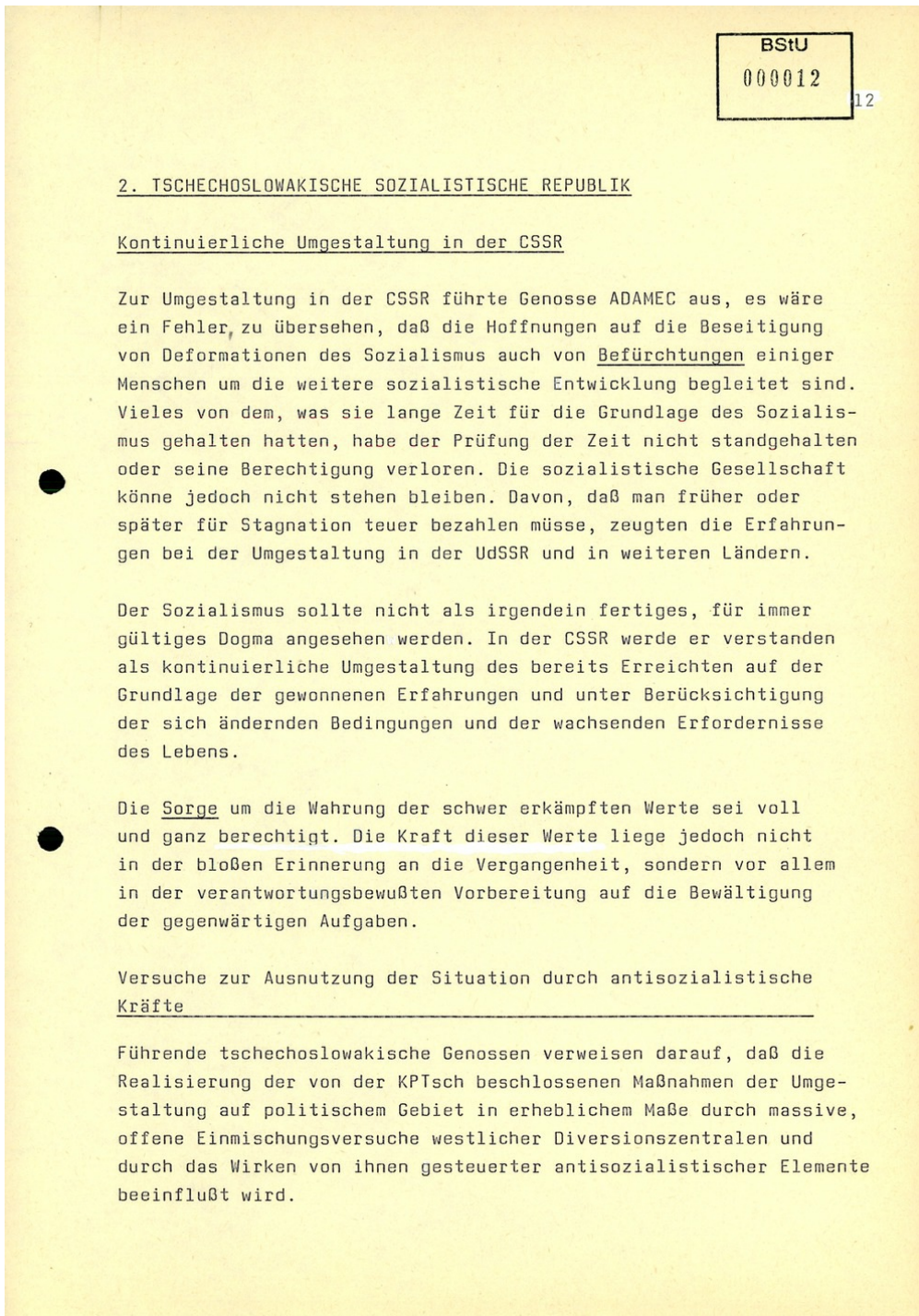
Nach der Legalisierung dieser Vereinigung im Mai 1989 fanden Anfang August Gebietskongresse in Poznan und Chorzow statt. Über 100 000 Personen nahmen daran teil.

Hinweis:

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung plant die Einrichtung eines eigenen Büros in Warschau.



## "Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"





**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

BStU 000013
----------------

 13

Die KPTsch lasse sich in ihrer Politik von dem Grundsatz leiten, daß die Wirtschaftsreform organisch mit einer politischen Reform zur weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie verbunden sein muß. Die Umsetzung dieser Politik gestalte sich kompliziert. Ihre Verkündung habe einerseits in der Partei und in der breiten Öffentlichkeit beträchtliche Erwartungshaltungen ausgelöst, andererseits sei die KPTsch konzeptionell und in der politischen Massenarbeit noch ungenügend auf entsprechende tiefgreifende Veränderungen vorbereitet.

Zu Skepsis, abwartenden Haltungen und Passivität eines beträchtlichen Teils der Kommunisten und Werktätigen würden Widerstände gegen politische Reformen bei einem Teil der Parteikader, ablehnende Haltungen gegenüber Erneuerungen ausgehend von den Erfahrungen von 1968, die aktuelle Entwicklung in anderen sozialistischen Staaten sowie uneinheitliche Diskussionen und Haltungen innerhalb der Partei beitragen.

Die sich aus dieser Situation für innere und äußere antisozialistische Kräfte ergebenden Handlungsräume würden von diesen in zunehmendem Maße genutzt, um auf die KPTsch-Führung Druck auszuüben. Oppositionelle Kräfte würden aktiver. Sie wollten die Reformen ausnutzen, um ihren Einfluß auszubauen und die Gesellschaft zu destabilisieren. Das betreffe auch einige Genossen, die Ende der 60er Jahre ihre führenden Funktionen aufgeben mußten (DUBCEK, CERNIK, MLYNAR). Es stehe das Bestreben im Mittelpunkt, eine breite Opposition zu formieren und über diese eine Rehabilitierung des "Prager Frühlings" und seiner Exponenten mit dem Ziel zu erzwingen, der KPTsch die Legitimität ihrer Führungsrolle zu entziehen sowie eine Rückkehr zu den Ereignissen von 1968 zu erreichen. Unter massiver Einflußnahme von außen und direkter Anleitung durch westliche Massenmedien seien bisher voneinander losgelöst wirkende oppositionelle Kräfte in Gruppen organisiert und teilweise zum direkten konfrontativen Vorgehen gegen die CSSR-Staatsorgane veranlaßt worden.

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BSU

000014

14

Die im Zusammenhang mit der Verhaftung HAVELs inszenierte Unterschriftensammlung sowie das vom Sender "Radio Freies Europa" veröffentlichte Pamphlet "Einige Sätze" würden zeigen, daß sich der Schwerpunkt der antisozialistischen Aktivitäten gegenwärtig insbesondere darauf richtet, über die Gewinnung namhafter Vertreter der künstlerischen Intelligenz Masseneinfluß zu erlangen (zu diesem Pamphlet siehe Anlage 2).

Die KPTsch sei bemüht, unter den oppositionellen Kräften zu differenzieren, um mit denen die nicht auf ausgesprochen antisozialistischen Positionen stehen, in den Dialog zu treten und damit den Spielraum des Gegners einzuschränken. Die Partei- und Staatsführung werde jedoch auch künftig bei offen staatsfeindlichen Aktionen auf administrative Mittel zurückgreifen. (Zu Versuchen antisozialistischer Kräfte, hinsichtlich der Ereignisse von 1968 Aktionen zu organisieren, wird eine gesonderte Information erarbeitet.)

Hinsichtlich des Aufrufs "Einige Sätze" ist, einer Mitteilung des CSSR-Innenministeriums zufolge, Strafverfolgung wegen Aufhetzung aufgenommen worden. Bei Personen, die der Ausarbeitung, Verbreitung und Organisation von Unterschriftenaktionen für diesen Aufruf verdächtig sind, wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das weitere Vorgehen sei auf die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortung der konkreten Personen gerichtet.

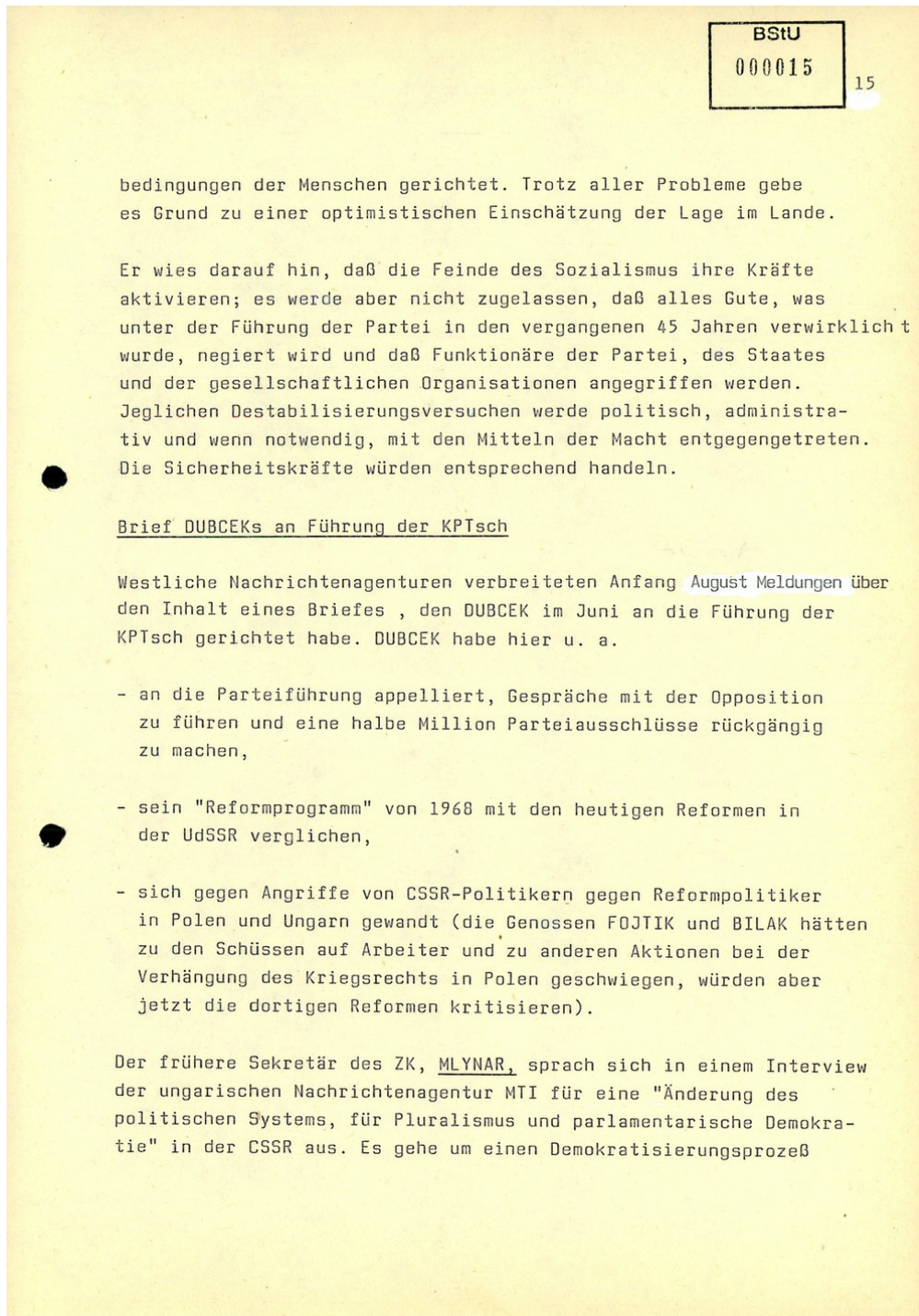
Die Erfahrungen einiger sozialistischer Länder zeigten, daß - wie Genosse STEPAN, Mitglied des Präsidiums des ZK betonte - solche Korrekturen, die

- unter dem Druck von Krisenmomenten vorgenommen werden und
- sozusagen auf dem Rückzug erfolgen,

gesetzmäßig zur Bedrohung des Lebensniveaus der Werktätigen und zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise führen. Diesen Weg werde die CSSR nicht gehen. Befürchtungen und Skepsis seien, wie er erklärte, deshalb überflüssig. Die eingeleiteten gesellschaftlichen Veränderungen seien auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeits-



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5338, Bl. 1-34

Blatt 15



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BSU  
000016 16

wie in Polen und Ungarn. 1968 habe es keine konterrevolutionäre Gefahr gegeben. Er unterstütze den Aufruf "Einige Sätze" und die darin enthaltenen Forderungen nach "mehr Demokratie", politischen Reformen und pluralistischem System. Die KPtsch sei jedoch dazu unfähig. Hier fehle das "demokratische Potential".

Kardinal TOMASEK für Gespräche Regierung - Opposition

TOMASEK forderte die Regierung der CSSR auf, einen Dialog mit oppositionellen Kräften aufzunehmen (mit "Befürwortern einer demokratischen Öffnung"). Er bot sich dabei als Vermittler an. Er unterstützte Forderungen nach "demokratischen Reformen" und sprach von "wachsenden Spannungen" in der CSSR.

Sejm-Abgeordnete der "Solidarnosc" trafen sich mit Oppositionellen

Fünf Vertreter der "Solidarnosc"-Fraktion des polnischen Parlaments (MICHNIK, BUJAK, JANAS, LIPINSKI und JASINSKI) trafen Ende Juli in der CSSR mit Mitgliedern der "CHARTA 77", mit DUBCEK, HAVEL sowie Kardinal TOMASEK zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung mit den Mitgliedern der "CHARTA 77" bezeichneten sie die Ergebnisse der Rund-Tisch-Gespräche in Polen als "Vorbild für gewaltlose Veränderungen des herrschenden Systems". Diese müßten eine inspirierende Rolle auf die politische Entwicklung in der CSSR haben. In der Erklärung wurde darüber hinaus die "Freilassung der politischen Gefangenen in der CSSR" gefordert.

Die "Solidarnosc"-Vertreter übergaben außerdem den CSSR-Oppositionellen ein Manifest der "Solidarnosc", in dem die Hilfsaktion der sozialistischen Bruderstaaten 1968 in der CSSR verurteilt wird. (Der Wortlaut der beiden Pamphlete liegt nicht vor.)

Der CSSR-Besuch der "Solidarnosc"-Abgeordneten war von der oppositionellen Bewegung "Polnisch-tschechoslowakische Solidarität" organisiert worden.

**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

BStU 000017
----------------

17

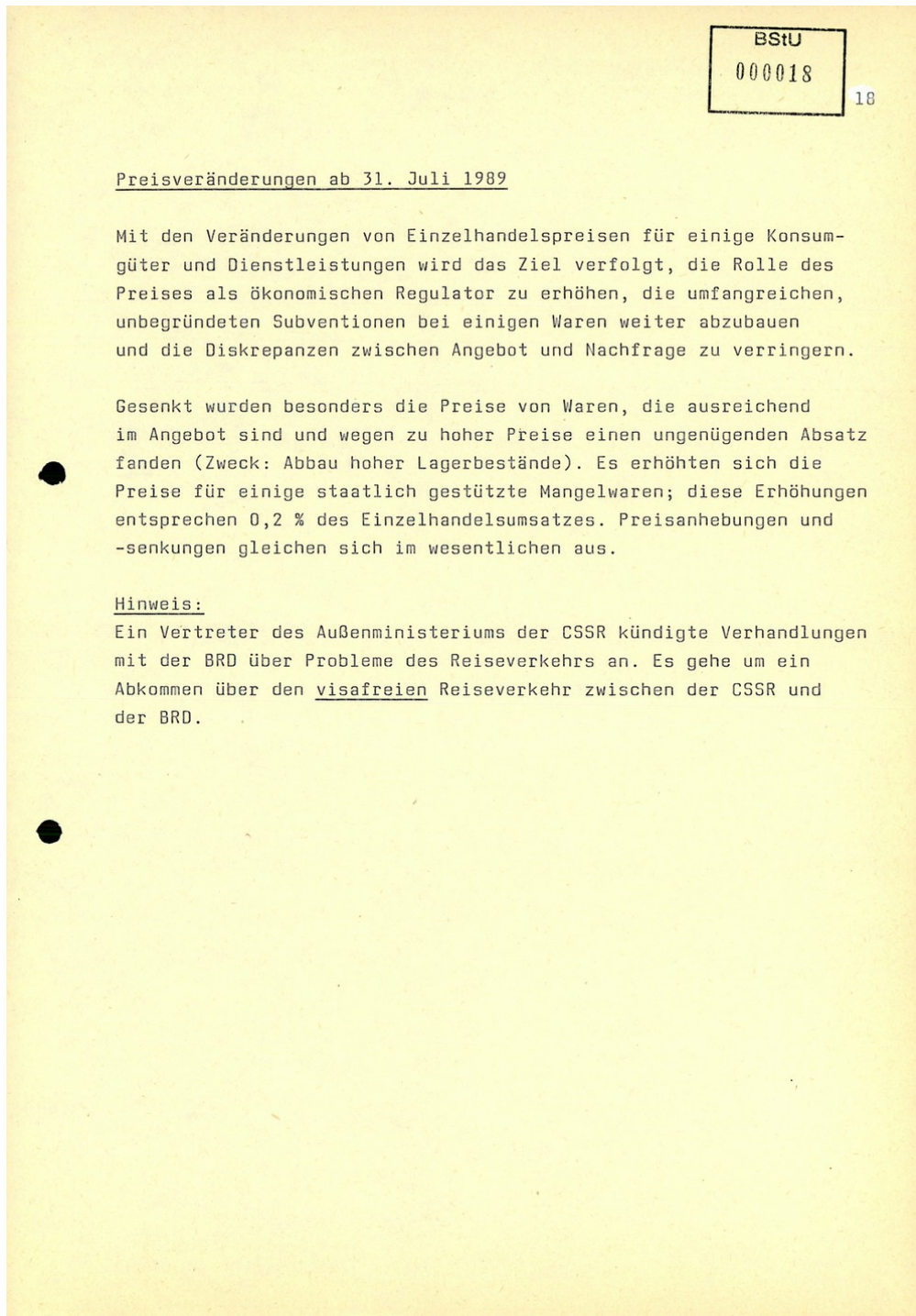
Am 18. Juli hatten 169 Abgeordnete der "Solidarnosc"-Fraktion in Sejm und Senat (insgesamt ist "Solidarnosc" dort mit 260 Abgeordneten vertreten) eine "außenpolitische Erklärung" verabschiedet, in der "mehr Demokratie in der CSSR" verlangt wurde. In der Erklärung wurden die "Freilassung aller politischen Gefangenen", die Zulassung von unabhängigen Gewerkschaften, ein "Ende der Zensur", mehr Religionsfreiheit sowie eine "offene Diskussion über die Invasion der Warschauer Vertragsstaaten 1968 in die CSSR" gefordert.

Die CSSR wies mit einem Beitrag in der "Rude Pravo" die Einmischungsversuche der "Solidarnosc"-Vertreter entschieden zurück. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Teilnehmer der erwähnten Gespräche in der CSSR nach Wegen suchten, wie man die CSSR gemeinsam zu "Reformen polnischen Typs" und zu wirtschaftlicher Anarchie zwingen könne, die es dann leicht möglich machen würden, definitiv die Absichten der Oppositionellen zu verwirklichen und den Sozialismus zu zerschlagen.

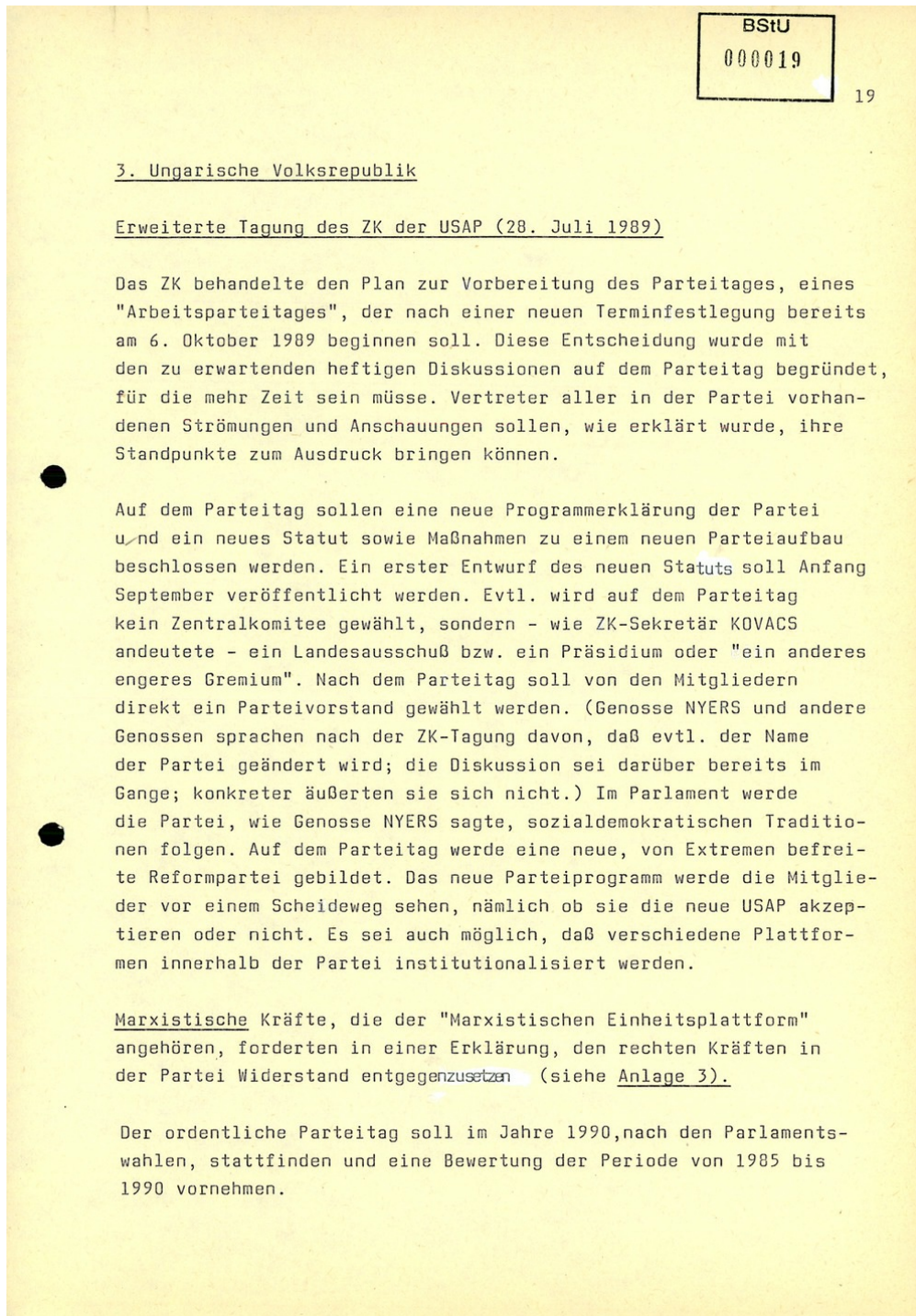
Die Mehrzahl der CSSR-Bürger sehne sich nicht nach dem Durcheinander, das in der VR Polen die "Solidarnosc" hervorgerufen habe, nach ökonomischem Chaos, leeren Geschäften und Inflation. Sie wünsche sich nicht die Rückkehr der kapitalistischen Privateigentümer, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die politische Orientierung auf den Westen. Die CSSR habe diesbezüglich ihre Erfahrungen. Sie brauche keine Lektionen von MICHNIK, BUJAK usw. Diese sollten vielmehr selbst, als Mitverantwortliche für die Entwicklung in der VR Polen, darüber nachdenken, wie man in Polen aus der Situation herauskommen kann, zu der sie in nicht geringem Maße beigetragen haben. Die Reformen, die man so eifrig empfehle und die zum Umsturz führen, nehme die CSSR nicht an. Natürlich sei alles Positive, was sich in der weiteren Entwicklung in der VR Polen zeige, eine Inspiration. Es sei jedoch reichlich früh für die Herren von "Solidarnosc", Ratschläge zu erteilen, wo sie selbst noch nichts Positives vorzuweisen haben.



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"



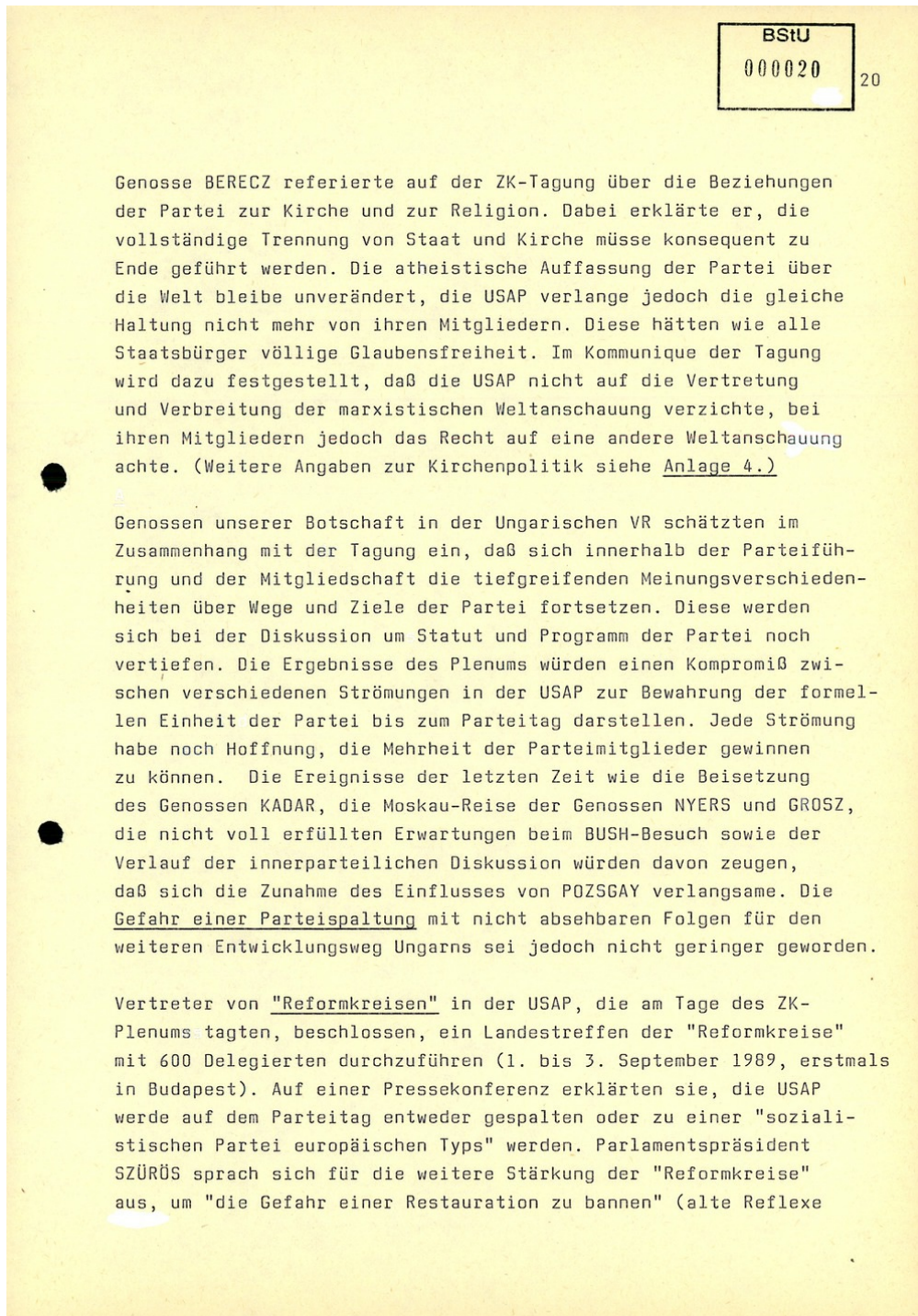
"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5338, Bl 1-34

Blatt 19



**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5338, Bl 1-34

Blatt 20

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BSU  
000021

21

würden noch immer funktionieren, und auch Gewalt könne nicht ausgeschlossen werden).

Neue Verfassung soll mit Führungsrolle der USAP brechen

Nach Darstellung des Genossen NEMETH werde die neue Verfassung der Ungarischen VR endgültig mit dem "Stalinismus" brechen sowie die "grundlegenden Bürgerrechte" (Versammlungsrecht, freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Gewissensfreiheit) und die Marktwirtschaft garantieren. Die neue Verfassung werde auch mit der Führungsrolle der USAP brechen. Für die Parlamentswahlen, die spätestens im Juni 1990 stattfinden sollen, werde es keine Quotenregelung geben, und es würden alle Parteien zugelassen. (Der Entwurf des Gesetzes für die Wahlen zum Parlament und eines Staatspräsidenten entspricht nach Einschätzung kompetenter Genossen in hohem Maße den Vorstellungen des bürgerlich-demokratischen Wahlrechts; die Tendenz zur Umwandlung Ungarns in eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie verstärkt sich.)

Garantie für die Entwicklung in Ungarn sei die Regierung, die nicht mehr der verlängerte Arm der Partei, sondern ein selbständiges Machtzentrum sei. Sie habe nach den tragischen Ereignissen in Peking klargestellt, daß in Ungarn nie mehr eine innenpolitische Frage mit Gewalt gelöst wird. Die Streitkräfte würden in der Ungarischen VR nicht "mißbraucht".

(Zu beachten: Der erstmalige Verzicht der USAP auf das Vorschlagsrecht für die Besetzung staatlicher Funktionen - Minister u. a. - im Mai 1989 war ein weiterer Schritt, von der führenden Rolle der Partei abzugehen.)

Nach Ansicht des Genossen NYERS habe die Krise der USAP zur Wiederentdeckung sozialdemokratischer Werte geführt. Die Auslöschung dieser Werte nach der Fusion der Kommunisten und der Sozialdemokraten vor mehr als vier Jahrzehnten würde heute überwunden. Bei der Vorbereitung der neuen Verfassung im Rahmen der Gespräche zwischen USAP und den Oppositionsparteien herrsche Übereinstimmung



## "Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BSU  
000022

22

darüber, daß Ungarn ein Rechtsstaat sein müsse und daß in ihm sowohl bürgerliche als auch sozialistische Werte berücksichtigt werden sollten. Zwischen Opposition und USAP bestehe auch gegenseitiges Vertrauen, da ein großer Teil der heutigen Opposition Weggefährte im Kampf gegen den "Stalinismus" gewesen sei. Er plane in Ungarn die Einführung einer "sozialen Demokratie" mit einer gemischten Wirtschaft. Die "orthodoxen Kommunisten" in der DDR und der CSSR seien zwar in Sorge über den ungarischen Kurs, versuchten aber nicht, seinem Land ihre Politik aufzuzwingen.

Während seines Treffens mit Genossen GORBATSCHOW in Moskau (25. Juli) erklärte Genosse Nyers, daß die USAP vor ernststen Gefahren stehe, wenn keine ehrliche Abrechnung mit der Vergangenheit erfolge, die Parteiflügel ihre Tätigkeit gegenseitig stören und die eigenen Reihen gelähmt werden.

In der Ungarischen VR sei derzeit ein effektives Regieren ohne Kontrolle unmöglich, deshalb sei die Entscheidung für Pluralismus erfolgt. Parallel zu den Reformen müsse auch die Ideologie verändert werden. Das Bild vom Sozialismus als Vorstufe zum Kommunismus sei sichtbar zusammengefallen, denn es habe sich nicht bewahrheitet, daß der Sozialismus "Vorzimmer des Kommunismus" sei. Es seien ideologische Unsicherheit und Wertstörungen in Erscheinung getreten.

Ziel der USAP sei der Aufbau eines "demokratischen Sozialismus". Das bedeute Selbstverwaltung, demokratisch-parlamentarische Leitungsstrukturen und ökonomische Demokratie. Dafür sei u. a. die Erarbeitung eines Gesetzes zu den Formen des Eigentums notwendig. Das Eigentum müsse real an Eigentümer (Aktionäre, Kooperation, Pächter) gebunden sein, die Sphären des Privateigentums müßten ausgeweitet und Auslandskapital verstärkt herangezogen werden.

Genosse GROSZ hatte in Moskau erklärt, für die ungarische Gesellschaft würden in Zukunft über einen längeren Zeitraum hinweg gemischte Eigentumsformen bestimmend bleiben.

## "Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BSU  
000023

23

Es sei ein künftiger Anteil von ca. 25 bis 30 % Privateigentum vorstellbar.

Er glaube nicht, daß die USAP bei Wahlen die absolute Mehrheit erreichen könne. Wenn sie die Mehrheit verliere, müsse sie das akzeptieren. Dann wäre eine Koalitionsregierung möglich, in der die USAP dann über ihre gewählten Mitglieder ihre Ziele durchsetzen wolle. Die Partei sei mit der Annahme des Mehrparteiensystems gezwungen, die Möglichkeit des Verlustes der Macht anzuerkennen; dies bedeute, wie er erklärte, nicht unbedingt einen Systemwechsel, obwohl auch das nicht auszuschließen sei. (10 Parteien würden sich, wie Genosse NYERS annimmt, an den nächsten Wahlen beteiligen. Er hoffe, daß dabei die USAP etwas mehr als ein Drittel der Stimmen erhalten werde. Die Partei werde aber jedes Resultat zur Kenntnis nehmen.)

Genosse GROSZ äußerte weiter, die USAP bewerte die sozialdemokratischen Parteien als Bruderparteien.

### Drei Vertreter der Opposition in das Parlament gewählt

Bei Nachwahlen für freigewordene Parlamentssitze in vier Städten Ende Juli bzw. Anfang August nahmen erstmals seit Bestehen der Ungarischen VR oppositionelle Organisationen - das Ungarische Demokratische Forum (UDF) und der Verband Freier Demokraten - offiziell an Wahlen teil. Dabei wurde in drei Städten jeweils der Kandidat des UDF gewählt, und zwar mit großer Mehrheit der Stimmen gegenüber den Kandidaten der USAP (ca. 60 bis 70 % gegenüber etwa 20 %). Die Opposition verfügt damit jetzt über drei Abgeordnete im Parlament. Das UDF wertete die Wahlergebnisse als Ausdruck dafür, daß eine Chance für einen Wandel bestehe, was viele Menschen begriffen hätten. Es zeige sich, daß man die landesweiten Wahlen gewinnen könne. Der Sprecher der ZK der USAP, MAJOR, sprach zu Recht von einer Niederlage der Partei; die Konsequenz für die USAP sei, "nunmehr die Reformen ohne Abstriche durchzuziehen".



"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BStU  
000024 24

Einer der drei erwähnten Abgeordneten äußerte, im Falle eines Sieges bei den Parlamentswahlen im Juni 1990 werde das UDF die Regierung stellen oder eine Koalition mit anderen Oppositionsparteien eingehen. Eine Koalition mit der USAP sei höchst unwahrscheinlich.

Regierung finanziert Oppositionsparteien mit

Die ungarische Regierung hat einen Fonds in Höhe von 50 Millionen Forint geschaffen, aus dem oppositionelle Parteien "Startgelder" erhalten können. Die Partei der kleinen Landwirte sowie die Ungarische Volkspartei erhielten aus diesem Fonds bisher drei Millionen Forint. Über die Vergabe von Summen, die über 100 000 Forint liegen, entscheidet Ministerpräsident NEMETH.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (MSZDP) steht bevor

Der erste Parteitag der MSZDP soll in der Zeit vom 4. bis 6. November 1989 durchgeführt werden. Bis dahin sollen Differenzen in der Partei zu der Frage, ob sie mit der USAP kooperieren sollte, beseitigt sein.

"Solidaritäts"-Organisation gebildet

Eine Gewerkschaftsorganisation "Solidarität" wurde Ende Juli in einer Filiale des Werkes "Belojannis" in Tatabanya auf einer Arbeiterkündigung gegründet. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß im ganzen Land derartige unabhängige, selbständige Organisationen gebildet würden (keine weiteren Angaben).

Immer mehr Presseorgane zugelassen

Allein im 1. Halbjahr 1989 wurden vom Ministerrat Lizenzen für die Herausgabe von 250 Zeitungen und Zeitschriften erteilt. Jeder, der das will, kann eine Zeitung herausgeben, er braucht - das gilt ab 21. Juni - nur noch dem Ministerrat die entsprechende Absicht mitzuteilen.

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BStU  
000025  
25

Unklarheit über weitere Parteiarbeit in der Armee

Ungarische Genossen verweisen darauf, daß es gegenwärtig in der Ungarischen Volksarmee umfangreiche Diskussionen über die weitere Gestaltung der Parteiarbeit in der Armee gibt.

Unter den Genossen in den Reihen der Armee gebe es Befürchtungen, daß das Mehrparteiensystem innerhalb der Armee deren Einheit und Geschlossenheit zerstören könnte. Dies würde sich negativ auf die Gefechtsbereitschaft, auf Disziplin und Kollektivgeist auswirken. Neue Konflikte und Spannungen würden sich auch daraus ergeben, daß die Parteiarbeit nur in den Wohngebieten erfolgen soll.

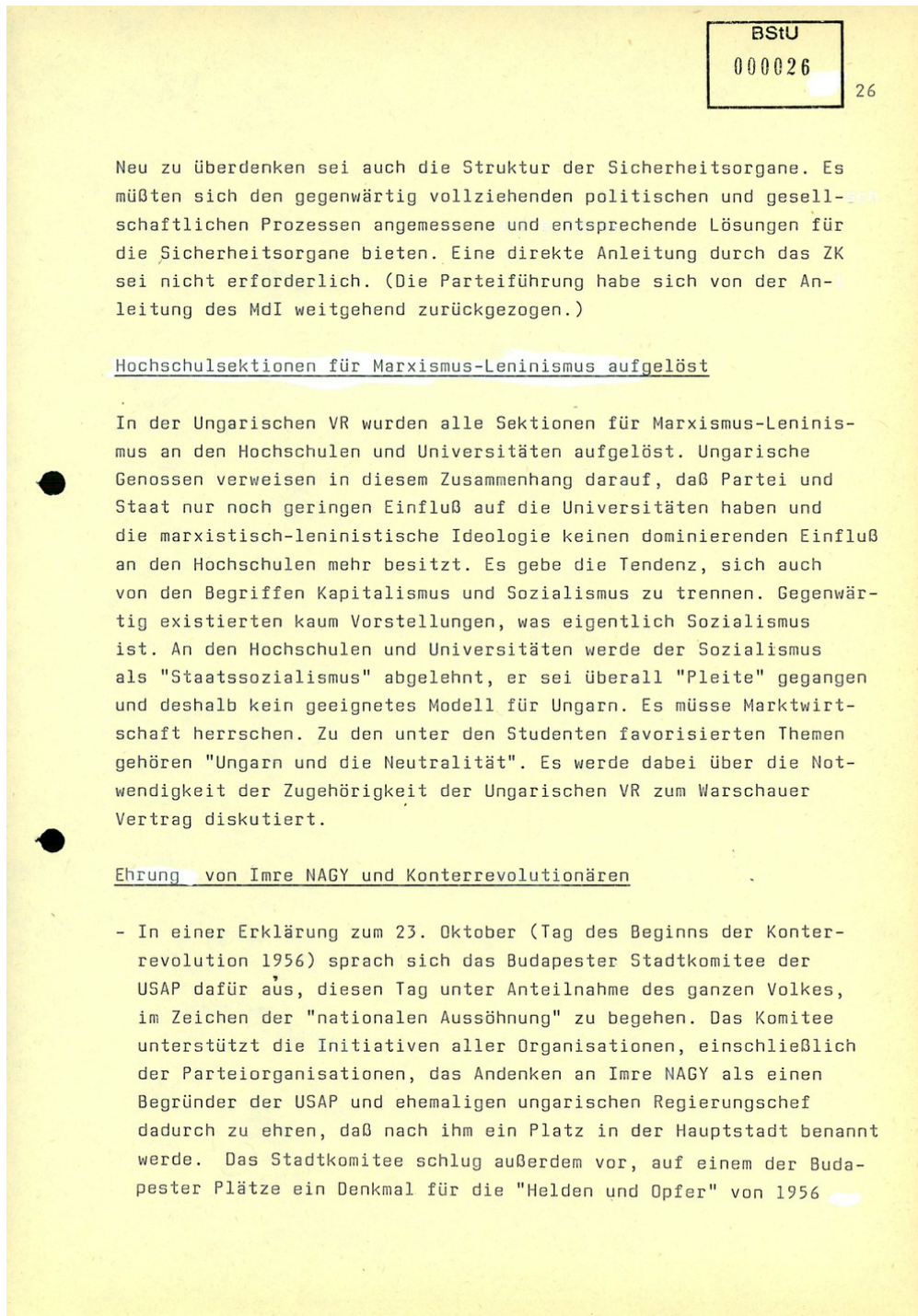
Insgesamt bestehe zur Zeit große Unklarheit auch unter führenden Genossen darüber, wie es mit der Parteiarbeit in der Armee weitergehen soll. Es herrsche eine abwartende und labile Haltung vor. Man interessiere sich besonders für die politische Erziehungsarbeit in den Armeen Finnlands, Österreichs, Schwedens und Kanadas. In der Armeeführung gebe es sehr unterschiedliche Auffassungen zur Rolle der USAP in der Armee, über die Aufgaben und die Organisation der politisch-ideologischen Erziehung und die Tätigkeit der Stellvertreter der Kommandeure für politische Arbeit.

Internen Informationen zufolge sei der Generalstabschef der Ungarischen Volksarmee für Ende 1989 zu Besuchen in Kanada und den USA eingeladen worden.

Unklare Haltungen auch in Sicherheitsorganen

Internen Äußerungen eines ranghohen Offiziers des ungarischen Sicherheitsorgans zufolge seien die Lehren von Marx, Engels und Lenin zu ihrer Zeit zwar zutreffend gewesen, jetzt müßten jedoch neue Lösungen gefunden werden. Es sei ein Gesetz über die Sicherheitsorgane in der Ungarischen VR geplant, in dem ein parlamentarisches Kontrollrecht verankert werde, wie es beispielhaft in den USA existiere.



**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BSTU  
000027 27

zu errichten. Als gemeinsame Maßnahme aller politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen soll an diesem Tag die feierliche Grundsteinlegung für das Denkmal vorgenommen werden.

- Die Tochter NAGYs will zu Ehren ihres Vaters einen Fonds einrichten, um das Andenken an ihn durch die Veröffentlichung seiner wissenschaftlichen und politischen Werke zu wahren. Ferner sollen Stipendien an junge ungarische und ausländische Schriftsteller, Journalisten, Politiker, Wissenschaftler und Kunstschaffende vergeben werden, die im Geiste NAGYs wirken. Der Minister für Kultur und Bildung der Ungarischen VR hat für den Fonds eine Summe in Höhe des Gründungskapitals bereitgestellt.

Friedrich-Naumann-Stiftung will Reformprozeß unterstützen

Vordringliche Aufgabe des im Juni in Budapest eröffneten Büros der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung soll es sein, bei den weiteren Diskussionen um politische und wirtschaftliche Entscheidungen in der Ungarischen VR "liberale Orientierungen anzubieten". Dabei solle nicht einseitig Partei genommen, sondern versucht werden, mit einem breiten Bildungs- und Diskussionsangebot einen "Beitrag zur Entwicklung der ungarischen Gesellschaft hin zu mehr Selbstverantwortung des Einzelnen, Erlangung internationaler wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit zu leisten".

Das Büro werde Seminare, internationale Konferenzen sowie Informationsprogramme zu Fragen des politischen Systems, der gesellschaftspolitischen Organisation, der Reform der Wirtschaftsstrukturen und der Beziehungen Ungarns zur EG veranstalten. Besonders wichtige Themen seien politische Ordnungsvorstellungen. Dazu gehörten verfassungsrechtliche Fragen ebenso wie Erkenntnisse über die Funktionsweise einer pluralistischen Demokratie, die politische Programmatik von Parteien, die Funktion und Arbeitsweisen von gesellschaftspolitischen Organisationen, Verbänden und Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung. Ein wichtiges Betätigungsfeld sei auch die Zusammenarbeit mit der zunehmenden Zahl ungarischer Klein- und mittlerer Unternehmer.



**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

BSU 000028	28
---------------	----

Streiks in Ungarns Großbetrieben

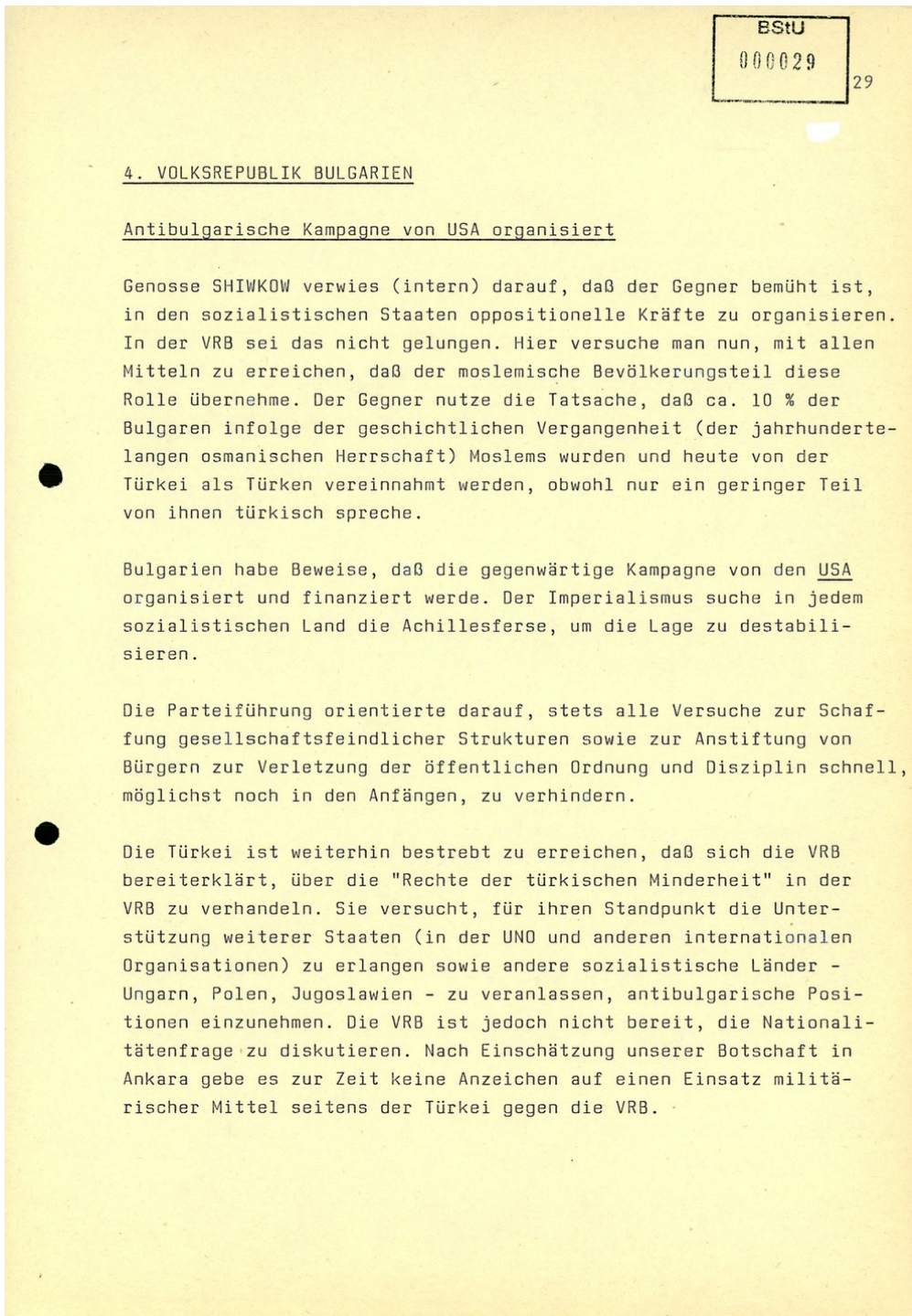
Mehr als eine Million Werktätige in Großbetrieben legten am 18. August kurzzeitig die Arbeit nieder. Initiator war die Gewerkschaft der Metallarbeiter. Es wurde gegen eine geplante Erhöhung der Preise für Fleischerzeugnisse protestiert und ein langfristiges sozialpolitisches Programm gefordert.

Anti-DDR-Demonstration in Budapest

Am 13. August fand in Budapest eine Demonstration gegen die "Mauer in Berlin" statt. Mehrere ungarische oppositionelle Gruppen hatten dazu aufgerufen, für den Abriß der "Mauer", für Reise-, Informations- und Meinungsfreiheit jedes DDR-Bürgers zu demonstrieren. Etwa 150 bis 300 Personen nahmen daran teil, darunter etwa 50 DDR-Bürger. (Die Aktion dauerte ca. 45 Minuten; sie war von den zuständigen ungarischen Organen genehmigt worden; auch das war ein Ausdruck des Nachgebens von Partei und Regierung vor dem wachsenden Druck der antisozialistischen Kräfte.)

Erneut Zuspitzung der Beziehungen Ungarische VR - KDVR

Im Juli kündigte die Ungarische VR einseitig die Vereinbarung über den visafreien Reiseverkehr zwischen der Ungarischen VR und der KDVR auf. Kurz zuvor hatten die Ungarische VR und Südkorea eine Vereinbarung über den visafreien Reiseverkehr getroffen. Die KDVR verurteilte diese Maßnahmen scharf als "einseitige unfreundliche Handlungen" seitens Ungarns und einen Beweis für den "Verrat am Sozialismus". Die KDVR zog inzwischen alle Studenten aus der Ungarischen VR ab und reduzierte die Zahl der koreanischen Mitarbeiter in der Botschaft der Ungarischen VR in Phjong jang auf 2 Dolmetscher.

**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**



**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

BStU 000030
----------------

 30

Die Türkei wird besonders die Eröffnung der UNO-Vollversammlung nutzen, um die VRB anzuklagen. Sie wird versuchen, eine Resolution einzubringen, in der die VRB verurteilt wird. Die USA und islamische Staaten werden den Druck auf die VRB verstärken.

Die NATO warf vor einigen Tagen der VRB in einer Erklärung vor, bei der Behandlung türkischstämmiger Bürger die Menschenrechte zu verletzen. Die VRB wurde aufgefordert, die Grundrechte aller bulgarischen Bürger türkischer Abstammung strikt einzuhalten. In einem dem Parlament übergebenen Brief habe nach westlichen Pressemeldungen der "Klub zur Unterstützung von Glasnost und Perestroika in Bulgarien" die gegenüber der "türkischen Minderheit" betriebene Politik scharf kritisiert sowie Aufklärung über die Hintergründe der Namensänderungsaktion 1984 gefordert. 121 Bürger, darunter bekannte Intellektuelle, hätten den Brief unterzeichnet.

Erhebliche Probleme in der Wirtschaft zu verzeichnen

Die Lage in Bulgarien gestaltet sich weiterhin kompliziert. Die seit dem Juliplenium des ZK der BKP (1987) eingeleiteten Umgestaltungsprozesse haben bisher nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. Genosse Shiwkow schätzte ein, daß in fast keinem Bereich ein bedeutender Durchbruch erzielt werden konnte. Die Entwicklung zeigt, daß die Umgestaltung zum Teil von subjektiven Fehleinschätzungen und -entscheidungen geprägt ist, so daß immer wieder Korrekturen erforderlich werden. Die wiederholten Struktur- und Kaderveränderungen haben in vielen Bereichen zu Verunsicherung und Desorganisation geführt.

Der Kurs auf ein qualitativ neues Wirtschaftswachstum wird von erheblichen Schwierigkeiten begleitet. Guten Ergebnissen in einigen Wirtschaftszweigen stehen erhebliche Probleme in der Investitionspolitik, bei der Überleitung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in die Produktion, bei der Qualität der Erzeugnisse sowie der Materialökonomie gegenüber. In der Landwirtschaft wird der Mangel an Arbeitskräften immer akuter.

**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

BSU 000031
---------------

 31

Die mehrfachen Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus haben noch nicht die gewünschten Effekte gebracht. Nach bulgarischer Einschätzung verläuft der Übergang von den administrativen zu ökonomischen Methoden der Wirtschaftsleitung zu langsam. Die Anfang dieses Jahres beschlossene firmenmäßige Organisation der Wirtschaft ist im wesentlichen abgeschlossen. Positive Auswirkungen können bisher aber nicht nachgewiesen werden.

Die Versorgung mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln weist oftmals über längere Zeit erhebliche Lücken auf. Zusammen mit der wachsenden sozialen Differenzierung führt das zu einer zunehmenden Unzufriedenheit unter der Bevölkerung.

Die zugespitzte politische und ökonomische Lage infolge der massenhaften Ausreise von Moslems in die Türkei hält an; der Arbeitskräftemangel verstärkt sich durch die massenhafte Ausreise weiter; außerdem bleiben viele Ausreisewillige der Arbeit fern. Die bulgarische Führung beschloß die Erhöhung der Zahl der in der Wirtschaft eingesetzten Angehörigen der bewaffneten Organe, Mitarbeiter des Staatsapparates sowie Studenten und Schüler von 65 000 auf 120 000. Der Einsatzzeitraum wurde vorerst bis Mitte September verlängert. Die bulgarische Führung rechnet neuerdings mit der Ausreise von 700 - 800 000 ethnischen Türken in den nächsten Monaten. Bis Ende Juli hatten 220 000 das Land verlassen (täglich 4 - 5 000), darunter auch Mitglieder der BKP.

Die Parteiführung ist bemüht, die Umgestaltungsprozesse in der Wirtschaft zu beschleunigen und nach neuen Wegen zu suchen, um weitere innere Reserven zu mobilisieren. Sie ist unzufrieden, da die bisher eingeleiteten Veränderungen noch zu keiner spürbaren Leistungssteigerung in der Ökonomie mit Auswirkungen auf den sozialen Bereich geführt haben. Es werden insbesondere rasche Ergebnisse angestrebt. Die Parteiführung beauftragte den Ministerrat, in den nächsten 2 bis 3 Monaten ein konkretes Programm für die weitere Umgestaltung auszuarbeiten.



## "Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BStU  
000032

32

Gen. SHIWKOW orientierte im Interesse einer umfassenden Demokratisierung des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens und der Sicherung des sozialistischen Pluralismus auf die Schaffung neuer Normativedokumente sowie auf Änderungen in der Verfassung und im Statut der Partei (dazu liegen noch keine konkreten Angaben vor).

Aufgrund der ständigen Modifizierung der von der Parteiführung initiierten Reformschritte entstanden bei Wirtschaftswissenschaftlern und bei Kadern der Praxis Unsicherheiten, Zurückhaltung und Skepsis gegenüber neuen Konzepten und Vorschlägen.

### Aktiengesellschaften werden gebildet

Die Regierung beschloß kürzlich die Umbildung staatlicher Firmen und von Firmen der Gemeinden in Aktiengesellschaften. Danach kann jedes Mitglied der Arbeitskollektive Aktien im Gesamtwert bis zu 10 000 Lewa erwerben. Aktienbesitzer werden damit Teilhaber mit Stimmrecht im Vorstand. In bedeutsamen Betrieben wird sich der Staat mindestens 51 % der Aktien sichern. Mit dieser Maßnahme soll die persönliche materielle Interessiertheit der Werktätigen an der Erhöhung der Produktion und der Qualität stimuliert werden.

Auch ausländische Investoren können bei entsprechender Genehmigung Aktien erwerben.

### Westliche Medien: Hungerstreik von "Dissidenten"

Nach westlichen Pressemeldungen hätten Anfang August über 20 "Dissidenten" einen Hungerstreik mit dem Ziel durchgeführt, sechs im Mai inhaftierte Oppositionelle freizubekommen. Außerdem hätten sie die offizielle Registrierung von "Oppositionsgruppen" gefordert. (DPA berief sich dabei auf eine entsprechende Mitteilung eines bulgarischen "Regimekritikers"; keine weiteren, intern bestätigten Angaben.)

Mit dem "Komitee für den Schutz der Bürgerrechte" (gegründet von 10 "Dissidenten") sei nach westlichen Pressemeldungen in der Stadt Russe ein Organ gebildet worden, das sich für die Freilassung inhaftierter Oppositioneller einsetzen wolle.

"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"

BStU  
000033  
33

5. Sozialistische Republik Rumänien

Ungarisches Fernsehen sendete Interview mit dem ehemaligen rumänischen König MICHAEL

---

Zu einer erneuten Zuspitzung in den Beziehungen Ungarische VR - SR Rumänien kam es im Zusammenhang mit der Ausstrahlung eines Interviews mit dem ehemaligen rumänischen König im ungarischen Fernsehen am 31. Juli, in dem zur aktuellen Entwicklung in der SR Rumänien verleumderische Aussagen getroffen wurden. Der Exkönig beschuldigte Genossen CEAUSESCU, Verbrechen gegen das rumänische Volk zu begehen und wie ein absoluter Monarch zu herrschen. (Weitere Angaben zum Inhalt liegen nicht vor.)

Die SR Rumänien protestierte gegen diese Sendung; sie bezeichnete das Interview als antirumänisch, antisozialistisch und faschistisch. Der rumänische Botschafter wurde zur Berichterstattung nach Bukarest beordert. (Er war beauftragt worden, die Absetzung des Interviews zu erreichen. Die ungarische Seite war jedoch in entsprechenden Gesprächen unter Hinweis auf die Pressefreiheit einer Antwort ausgewichen.) Außerdem wurde seitens der SR Rumänien die Einladung für den Besuch einer Delegation ungarischer Betriebsräte zurückgenommen.

Ungarn warf Rumänien vor, "einzelne Medienveröffentlichungen" als offiziellen Standpunkt der ungarischen Führung zu werten und als "Vorwand" für die Einschränkung der bilateralen Beziehungen zu nutzen.

(Hier zeigt sich erneut das Streben einflußreicher Kräfte in der ungarischen Führung, bei der Durchsetzung nationaler Züge in der Außenpolitik eine Belastung der Beziehungen zu verbündeten sozialistischen Ländern in Kauf zu nehmen und westliche Einschätzungen über die "Unabhängigkeit" Ungarns ständig durch neue Fakten zu untermauern. Der Vorgang reiht sich ein in die verleumderischen Angriffe gegen andere sozialistische Staaten.)



**"Monatsübersicht 8/89 über aktuelle Probleme der Lageentwicklung in sozialistischen Staaten"**

BStU
000034
34

SR Rumänien: Nationalismus in Ungarischen VR

Seitens der SR Rumänien wird eingeschätzt, daß sich in der Ungarischen VR nationalistisch geschürte Diskussionen - besonders hinsichtlich der Grenzfrage - verstärken würden. Es sei eine Wiederbelebung des Nationalismus, der von einflußreichen Kräften in der ungarischen Führung vertreten werde, festzustellen.

Damit sollen u. a. die ungarische Unabhängigkeit sowie die Bereitschaft zur weiteren Annäherung an westeuropäische Länder und zur schließlichen Rückkehr zum Kapitalismus demonstriert werden. Es bestehe die Gefahr, daß in der Ungarischen VR bald alles auseinanderfallen werde, verbunden mit schweren bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Kräftegruppierungen. Die SR Rumänien werde die Ungarische VR auch weiterhin zur Nichteinmischung auffordern.

Angriffe ungarischer Bischöfe gegen die SR Rumänien

Der Zentralaussschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) lehnte es auf seiner Tagung am 21. Juli ab, einen "Beschuß zur Verfolgung der ungarischen und deutschen Minderheit in Rumänien" zu verabschieden. Einen solchen Beschuß hatten die ungarischen Vertreter, Bischof NAGY und Bischof TOTH, verlangt. NAGY hatte u. a. behauptet, diese Minderheiten würden "ausradiert", und ihre nationale Identität werde zerstört.

Offizielle Vertreter der rumänischen orthodoxen Kirche hatten die Berichte über die "Zerstörung der Dörfer" in der SR Rumänien als Gerüchte und Halbwahrheiten bezeichnet und den ÖRK davor gewarnt, seine Kontakte zur SR Rumänien auf's Spiel zu setzen.

Bewaffneter Konflikt Ungarische VR - SR Rumänien als möglich erachtet

Laszlo TOLANY, sicherheitspolitischer Sachverständiger und wissenschaftlicher Abteilungsleiter des Ungarischen Instituts für Außenpolitik, äußerte gegenüber einer Budapester Wochenzeitung, die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen Ungarn und Rumänien könne nicht ausgeschlossen werden; man müsse mit einem bewaffneten Konflikt rechnen. Er begründete dies mit der "Unberechenbarkeit" und dem "irrationalen" Charakter der rumänischen Politik, deren führenden Gestaltern das "Gefühl für die Realität" fehle.